

Eichenberger

Die bessere Rentenreform



Eine Annahme der Altersvorsorge 2020 würde die Probleme unserer Altersvorsorge nicht lösen, sondern langfristig verschärfen. Nur weil Bundesrat und Parlament zu lange an dem schlechten Kompromiss gebastelt haben, sollte man ihm nicht zustimmen. Zum Glück gibt es viel bessere Alternativen. Langfristig können wir in der Schweiz nur so viel konsumieren, wie wir produzieren. Je älter wir aber werden, desto mehr konsumieren wir über das Leben. Entsprechend müssen wir auch mehr produzieren. Langfristig geht das nur, wenn die Lebensarbeitszeit steigt. Entscheidend ist allein, wie wir das erreichen. Der traditionelle Ansatz ist eine allgemeine Erhöhung des Rentenalters, also Zwang und Druck zur Altersarbeit. Als viel bessere Alternative habe ich zusammen mit Ann Bauer einen dreiteiligen Reformvorschlag entwickelt, der den Alten wirksame Anreize gibt, freiwillig länger zu arbeiten.

1. Rentenaufschub mit Beitragsrabatt: Statt Rentenalter 67, 68 oder 70 brauchen wir eine neue Art der Flexibilisierung des Rentenalters. Heute und auch mit Altersvorsorge 2020 können diejenigen Alten, die länger arbeiten, die Rente aufschieben, um dann später eine höhere Rente zu erhalten. Das lohnt sich aber nur, wenn man

sehr alt wird. Viel attraktiver wäre es, wenn einem bei Langzeitarbeit zwar die gleiche Rente wie ohne Langzeitarbeit, dafür aber sofort ein Rabatt auf den Beiträgen an die 1. und 2. Säule gewährt würde. Beispielsweise könnte man die Arbeitnehmer mit 55 entscheiden lassen, ob sie bis 67 arbeiten wollen. Den Langzeitarbeitern könnte man dann von 55 bis 67 die Arbeitnehmer-

«Wer nach 67 weiterarbeitet, soll nur noch die Hälfte der Steuern zahlen»

und Arbeitgeberbeiträge für die 1. und 2. Säule grob geschätzt halbieren. Sie hätten ja bei einer bedingten Lebenserwartung von etwa 85 Jahren neu noch 12 statt 10 Beitragsjahre, aber nur 18 statt 20 Rentenjahre vor sich, und ein grosser Teil des Rentenskapitals ist mit 55 schon aufgebaut. So würde Arbeit bis 67 schnell üblich.

2. Teilbesteuerung von Altersarbeit: Sie gibt den Alten Anreize, auch über 67 hinaus zu arbeiten. Arbeit zusätzlich zur Rente ist heute unattraktiv, weil das Arbeitseinkommen mit dem Renteneinkommen zusammengezählt und so hoch besteuert wird. Inklusiv der weiterhin anfallenden AHV-Beiträge, die den Alten nichts mehr bringen, zahlen sie auf Arbeitseinkommen oft 40 bis gut 50 Prozent Steuern und Abgaben. Folglich ist die Problemlösung denkbar einfach: Die Steuern auf Einkommen aus der über 67 geleisteten Arbeit sollten stark gesenkt, beispielsweise halbiert werden.

3. Steuermehreinnahmen für Altersvorsorge: Mit unserem Modell arbeiten viele Alte freiwillig wesentlich mehr als heute und zahlen so insgesamt weit mehr Einkommens-, Vermögens- und Mehrwertsteuern als bisher. Diese Steuermehreinnahmen sollten nicht einfach in die allgemeine Staatskasse fließen und so das Staatswachstum antreiben, sondern gezielt in die Altersvorsorge gelenkt werden. So würde unsere Reform dann allen nützen: den langarbeitenden Alten, den Arbeitgebern, der Altersvorsorge und dadurch auch den normalarbeitenden Alten sowie den Jungen!

Prof. Dr. Reiner Eichenberger ist Ordinarius für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg (Schweiz) und Forschungsdirektor von Crema, Center for Research in Economics, Management and the Arts.

Die andere Sicht von Peter Schneider



Der Bieler Imam Abu Ramadan

Foto: SRF

Alternativmedizin killt Krebspatienten

Wer wie Steve Jobs glaubt, nur mit alternativen Therapien Krebs heilen zu können, spielt mit seinem Leben. Als Therapie-Ergänzung kann die Komplementärmedizin aber sinnvoll sein, findet **Nik Walter**

Steve Jobs, der charismatische Gründer von Apple, gilt auch sechs Jahre nach seinem Tod als Technologie-Ikone. Kein Held war er dagegen im Umgang mit der eigenen Krebserkrankung. Nach der Diagnose setzte er exklusiv auf alternativ-medizinische Therapien (AM). Erst als sein «neuro-endokriner Tumor» so weit fortgeschritten war, dass eine Heilung nicht mehr möglich war, suchte er Rettung bei der Schulmedizin. Leider ist Jobs zu spät zur Vernunft gekommen.

Damit Sie mich nicht missverstehen: Eine Garantie auf Heilung kann auch die Schulmedizin nicht bieten. Es ist gut möglich, dass Jobs auch gestorben wäre, wenn er von

Anfang an auf Chemotherapie und Bestrahlung gesetzt hätte. Höchstwahrscheinlich hätte er aber deutlich länger gelebt und weniger gelitten. Fakt ist: Die Krebstherapie hat in den letzten Jahren grosse Fortschritte gemacht. Die meisten Krebsformen sind heute, wenn man sie früh genug entdeckt, gut therapierbar, bei einigen besteht sogar Hoffnung auf Heilung.

Alles was unter dem Label AM läuft, ist dagegen so gut wie wirkungslos. Oder wie es der chirurgische Onkologe David Gorski im Blog Sciencebasedmedicine.org formuliert: «Der Einsatz von AM zur Krebsbehandlung ist wahrscheinlich ein Todesurteil.»

Trotzdem gibt es noch immer Krebspatienten, die sich der Schulmedizin total verweigern. Wie eine neue Studie von US-Forschern nun zeigt, zahlen die Betroffenen für diese meist rein ideologische Entscheidung einen hohen Preis. Die Patienten, die nur auf AM setzen, sterben in der Regel deutlich früher als konventionell therapierte Patienten.

Dabei haben komplementärmedizinische Methoden durchaus ihren Platz in der Behandlung von Krebs. Aber eben: nur «komplementär», also ergänzend zu einer konventionellen Therapie, und nur dann, wenn alle Therapien aufeinander abgestimmt sind.

Wissen — 64

Nik Walter,
Ressortleiter Wissen



Der Bund macht lieber die Schotten dicht

Nach dem 215-Millionen-Debakel um die Hochseeflotte muss die Verwaltung viel mehr tun, um das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen, findet **Christian Brönnimann**

Das Vertrauen in die Schweizer Hochseeflotte ist dahin. 215 Millionen Franken musste das Parlament schon aufwerfen, um die ersten zwölf überschuldeten Schiffe loszuwerden, die mit Bürgschaften des Bundes abgesichert waren. Nun wird klar: Im zuständigen Bundesamt wusste man bereits ab 2008 ganz genau, dass viele der Schiffe mit grössten wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hatten. Und dass deren Betreiber auf fragwürdige Weise Geld des Bundes zweckentfremdeten.

Die Öffentlichkeit aber erfuhr erst Anfang dieses Jahres davon. Häppchenweise. Und nicht etwa, weil der Bundesrat darüber infor-

mieren wollte, sondern weil ein Journalist die Affäre aufdeckte. Nun zeigen Recherchen, dass auch in den verbleibenden Schiffen, für die der Bund bürgt, grosse Risiken stecken. Insgesamt steht noch immer mehr als eine halbe Milliarde Franken auf dem Spiel.

Wäre der Bund ein privates Unternehmen, würde er in so einer Krise alles daransetzen, das Vertrauen so schnell wie möglich zurückzugewinnen. Mit vollständiger Transparenz beispielsweise. Doch die Verwaltung lässt lieber die Rollläden runter. Das Gesuch der Sonntagszeitung um Einsicht in die Dokumente zur wirtschaftlichen Situation der Reedereien

lehnten die Bundesjuristen mir nichts, dir nichts ab. Erst der Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte Adrian Lobsiger brachte sie in einer Schlichtungsverhandlung zum Einlenken.

Seit neuestem lässt der Bund die Reedereien, die von seinen Garantien profitieren, von deutschen Experten durchleuchten. Ist es zu viel verlangt, dass diese Evaluationen publik gemacht werden? Proaktiv und ohne Schlichtung? Als Steuerzahler möchte man wissen, was Sache ist. Und nicht einfach im Nachhinein eine Rechnung präsentiert bekommen, die zwangsläufig bezahlt werden muss.

Wirtschaft — 35

Christian Brönnimann,
Redaktor Recherchedesk

